Eitorf, den 19.10.2015

Amt 60 - Amt für Bauen und Umwelt

Sachbearbeiter/-in: Dieter Tentler

Bürgermeister

i.V.

Erster Beigeordneter

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Rat der Gemeinde Eitorf

19.10.2015

Tagesordnungspunkt:

Vorübergehende Änderung der Zuständigkeitsordnung in Bezug auf die Anmietung von Wohnraum für Flüchtlinge

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde Eitorf beschließt bis auf weiteres folgende Ergänzung der Richtlinien zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen auf den Bürgermeister sowie zur Regelung von Zuständigkeiten für die Ausschussarbeit und den Bürgermeister (Zuständigkeitsordnung) vom 08.12.2014 in Bezug auf die Entscheidungskompetenz des Hauptausschusses:
§ 4 Abs. 3, Buchst. e) erhält folgenden Zusatz: Die Regelung gilt nicht für die Anmietung von Wohnraum für Flüchtlinge bzw. Asylbewerber.

Begründung:

Die Gemeinde ist zur Unterbringung von Asylbewerbern verpflichtet. Die gemeindeeigenen Gebäude sind belegt, so dass Wohnraum angemietet werden muss. Die Zuweisung der unterzubringenden Asylbewerber erfolgt kurzfristig und unabhängig von dem zur Verfügung stehenden Wohnraum. Zurzeit muss jeder geeignete Wohnraum angemietet werden. Um die Wohnungen schnellstmöglich belegen zu können, müssen die Mietverträge kurzfristig abgeschlossen werden. Verwaltungsmäßig ist dies zu einem monatlichem Mietpreis von bis zu 1.000 € kein Problem, da dies gemäß der Zuständigkeitsordnung ein Geschäft der laufenden Verwaltung ist. Ab einem monatlichen Miet- oder Pachtwert von über 1.000 € entscheidet der Hauptausschuss (§ 4 Abs. 3 Buchst. e) Zuständigkeitsordnung). Diese Regelung führt dazu, dass eine sofortige Zusage an den Vermieter nicht erfolgen kann, sondern erst ein Beschluss des Hauptausschusses bzw. eine Dringlichkeitsentscheidung gefasst werden muss. Die Vergabekommission ist nicht zuständig. Um die Anmietung von Wohnraum von über 1.000 € monatlichem Miet- oder Pachtwert kurzfristig zu ermöglichen wird daher vorgeschlagen, dass der Rat der Gemeinde Eitorf beschließt, dass die Anmietung von Wohnraum für die Unterbringung von Flüchtlingen bzw. Asylbewerbern unabhängig von der Höhe des Miet- oder Pachtwertes ein Geschäft der laufenden Verwaltung ist und dies durch einen entsprechenden Zusatz in der Zuständigkeitsordnung deutlich zu machen.